Antragsteller*in: Murisa Adilovic

Drucksachen-Nr.
1876/2025-2030

Datum: 27.08.2026

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration

Anfrage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration	09.09.2026	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):
Umgang mit den Aufgaben und der Geschäftsführung des ehemaligen Integrationsrates bzw. heutigen Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration

Text der Anfrage:

Hauptfrage:

Wie wurden die Beschlüsse des Integrationsrates vom 27.10.2021 und insbesondere vom 25.06.2025 zur Aufgabenwahrnehmung, Ausstattung und Verstetigung der Geschäftsstelle bzw. Geschäftsführung umgesetzt, und auf welcher verbindlichen Grundlage werden die Aufgaben der Geschäftsführung des heutigen Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration derzeit wahrgenommen?

1. Zusatzfrage:

Welche der im Antrag des Integrationsrates vom 20.10.2021 sowie im Beschluss vom 25.06.2025 festgelegten bzw. zugrunde gelegten Aufgaben werden heute weiterhin durch die Geschäftsführung wahrgenommen, welche Aufgaben wurden verändert oder entzogen und aus welchem Grund?

2. Zusatzfrage:

Wann und in welcher Form wurde der vom Integrationsrat am 25.06.2025 ausdrücklich verlangte Bericht über den strukturierten Wissenstransfer und die transparente Darstellung der Zuständigkeiten des Kommunalen Integrationszentrums gegenüber dem neu gewählten Gremium erstattet bzw. soll dieser Bericht erfolgen?

Begründung:

Der ehemalige Integrationsrat hat sich wiederholt und ausdrücklich mit der Frage der Aufgaben, der Ausstattung und der Arbeitsfähigkeit seiner Geschäftsstelle bzw. Geschäftsführung befasst.
Bereits am 20.10.2021 wurde von Mitgliedern des Integrationsrates ein Antrag auf Erhöhung des Stellenumfangs der Geschäftsführung von 0,3 auf 1,0 Vollzeitäquivalente gestellt. Dieser Antrag wurde am 27.10.2021 vom Integrationsrat einstimmig beschlossen. Im weiteren Verfahren wurde der Stellenumfang durch den Rat der Stadt Bielefeld auf 0,5 Vollzeitäquivalente erhöht. Diese Entwicklung wurde ausdrücklich als Entlastung und Stärkung der Arbeit des Integrationsrates begrüßt.
Am 25.06.2025 hat der Integrationsrat das Thema erneut ausdrücklich beraten. Unter TOP 8 „Verstetigung bzw. Festlegung der Aufgaben der Geschäftsführung des Integrationsrates“ wurde einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen, die Aufgaben der Geschäftsstelle auf Grundlage der Begründung des Antrags vom 20.10.2021 zu verstetigen. Darüber hinaus wurde ein strukturierter Wissenstransfer sowie eine transparente Darstellung der Zuständigkeiten des Kommunalen Integrationszentrums als zuständigem Fachamt gefordert. Die Verwaltung sollte hierzu in einer der ersten Sitzungen des neu gewählten Gremiums berichten.
Vor diesem Hintergrund irritiert mich erheblich, wenn heute der Eindruck entsteht, als handele es sich bei der Geschäftsführung eines politisch gewählten Gremiums lediglich um eine verwaltungsinterne Serviceleistung, über deren Aufgaben und Umfang beliebig und ohne erneute politische Befassung verfügt werden kann.
Der Integrationsrat war ein gesetzlich verankertes politisches Gremium und ist inzwischen durch den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration abgelöst worden. Seine Aufgabenwahrnehmung und die hierfür erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen sind daher aus meiner Sicht keine Nebensache. Gerade deshalb halte ich es für problematisch, wenn politische Beschlüsse und ausdrücklich festgelegte Aufgabenstrukturen nicht erkennbar berücksichtigt oder faktisch verändert werden.
Ich halte es für nicht akzeptabel, mit den Beschlüssen und der Arbeit eines demokratisch gewählten Gremiums derart leichtfertig umzugehen. Die Arbeit des Gremiums darf nicht davon abhängen, welche Aufgaben die Verwaltung gerade für zweckmäßig hält oder wie einzelne Verwaltungsbereiche ihre Zuständigkeiten definieren. Vielmehr muss nachvollziehbar sein, wie die vom politischen Gremium beschlossenen Aufgaben umgesetzt und dauerhaft sichergestellt werden

Unterschrift: